

Partei-kontrolle-ein moralischer Stimulus



Die Leitung der GO Zentrale Leitungszone legte in Auswertung der Beschlüsse der jüngsten Plenartagung des Zentralkomitees unserer Partei fest, in den Berichtserstattungen der Leitungen der Abteilungsparteiorganisationen in stärkerem Maße deren Spezifik zu beachten und differenziertere Aufgaben zu stellen. Eine wesentliche Seite ist dabei die konkrete Umsetzung der Führungsfunktion der APO bei der Planerfüllung, der Wettbewerbsführung und damit bei der Realisierung der Wortmeldung der KMU zum 30. Jahrestag der DDR.

Die APO VI konnte eine Reihe guter Erfahrungen sammeln, indem das Prinzip der Partei-kontrolle konsequent eingesetzt wurde. Die Führung der Planerfüllung und des Wettbewerbs richteten sich vorwiegend auf zwei Aufgaben:

1. die staatliche Aufgabenstellung umfassend zu erfüllen und
 2. die schöpferische Initiative aller Mitarbeiter zu mobilisieren.
- So konnten allein in der Diskussion des Planes für 1979 rund 30 Zusatz- und Änderungsvorschläge zum Planentwurf registriert werden, von denen 24 bei der endgültigen Fassung des Planes berücksichtigt wurden. Der Plan wird damit konkreter, seine Aufgaben kontrollierbarer und für die Mitarbeiter praktikabler.
- Die APO-Leitung realisiert ihre Führungsfunktion in erster Linie über die Partei-kontrolle über entscheidende Planobjekte. Wir konnten in den vergangenen

Jahren, in denen wir das Prinzip der Partei-kontrolle immer besser zu handhaben lernten, folgende Feststellungen treffen:

— **Entscheidend für den Erfolg der Partei-kontrolle ist die Orientierung auf solche Aufgaben, deren Lösung alle Arbeitsbereiche erfüllt.**

— **Die Partei-kontrolle muß auf solche Aufgaben gerichtet sein, die zum Anliegen aller Mitarbeiter werden sollen.** Auf diese Weise organisiert die Parteiorganisation als der politisch bewußteste Kern der Abteilung die politisch-ideologische Arbeit an den Plan-schwerpunkten.

— **Aufgaben, die unter Partei-kontrolle stehen, sollten so gewählt sein, daß sie zu einem schnelleren Entwicklungstempo führen.** Die Partei-kontrolle wirkt also als moralischer Stimulus.

Regelmäßige Kontrolle in der Parteileitung und den Mitglieder-versammlungen, differenzierte Beratungen mit den Mitarbeitern, kollektive Überlegungen über die besten Lösungswege, enge Zusammenarbeit von Parteileitung, staatlicher Leitung und BGL, das sind unter anderem die Methoden, mit denen die APO die Partei-kontrolle verwirklicht. Dabei werden in stärkerem Maße die vielen Hinweise, Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit durch die Parteileitung und den staatlichen Leiter berücksichtigt.

Dr. J. Gebler,
Sekretär der APO VI

Im Blickpunkt: Kommunalwahlen am 20. Mai



Schnappschuß von den Wahlen am 17. Oktober 1976. Gewissenhaft wurden nach dem Leeren der Wahlurne im damaligen Wahllokal 1/Sektion Mathematik, entsprechend dem Wahlgesetz die Stimmen ausgezählt.

Fotos: UZ/Archiv

Am Wahltag ein Bekenntnis zu unserer Republik ablegen

Am Montag konstitulierte sich die Bezirkswahlkommission des Bezirkes Leipzig, in der Vertreter aller in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen mitarbeiten, mit dem Ziel, die Wahlen zu den Volksvertretungen im 40. Jahr unserer Republik in ein Bekenntnis zu unserer bewährten marxistisch-leninistischen Politik, zum Sozialismus in der DDR münden zu lassen.

mungen, bestätigen die von den Ausschüssen der Nationalen Front für die einzelnen Wahlkreise beschlossenen Wahlvorschläge und stellen das Ergebnis und die Gültigkeit der Wahlen fest.

Für die Angehörigen unserer Karl-Marx-Universität, an der ja alle Di-

reichen und dabei die Einheit der Gesamtheit unserer Politik und der Alltagsfragen übertragend zu erläutern und darzulegen. Heißt das für die einen, hohe Leistungen am Arbeitsplatz für die Erfüllung der Planaufgaben, der Lehr-, Forschungs- und Erziehungsziele zu erbringen, so bedeutet es für andere, politisch motiviert zu studieren.

Von Prof. Dr. Arnd Römhild,
Mitglied der Bezirks-wahlkommission

Die im Bezirk Leipzig bestehenden über 500 Wahlkommissionen (Kreis, Stadt, Stadtbezirk, Gemeinde) stellen sich die Aufgabe, allen wahlberechtigten Bürgern die Ausübung ihres Wahlrechtes reibungslos zu gewährleisten. Darum steht eine konkrete politische Massarbeit im Mittelpunkt unserer Tätigkeit sowie eine gute Erfüllung der wahlrechtlichen und wahlorganisatorischen Arbeiten. Als wahlleitende Organe sorgen die Wahlkommissionen für die Einhaltung der wahlrechtlichen Bestim-

rekstudenten mit Ausnahme der im Wochen- oder Schwangerenurlaub befindlichen Studentinnen wählen, bedingt das im jeweiligen Wirkungskreis auf das Wahlgesehen vorbereitend einzuwirken und im politischen Gespräch wirklich jeden Wähler, ob Arbeiter, Angestellten, Wissenschaftler oder Studenten zu er-

Für alle aber gilt es, in der verschärften Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus eine eindeutige, gut begründete partielle Haltung zu beweisen. Wie sollten als Angehörige unserer Universität die vor uns stehenden Aufgaben unter dem Gesichtspunkt angehen, daß wir dann das Ziel unserer Wahlen erreichen, wenn wir mit jedem einzelnen sprechen und ihn dazu bewegen, am Wahltag mit seiner Stimmabgabe ein Bekenntnis für unsere Republik abzulegen.



Seit September 1977 besteht an der Sektion Physik die Applikationsgruppe „Angewandte Molekülphysik“, die Ergebnisse der molekülphysikalischen Grundlagenforschung für die Bearbeitung wissenschaftlicher Fragen aus der chemischen Industrie zur Flussverarbeitung anwendet.

Foto: UZ/Archiv

Wissenschaftlicher Gerätebau im Blickpunkt der Parteiarbeit

Im Blickpunkt der Parteiarbeit an unserer Grundorganisation Physik steht der wissenschaftliche Gerätebau, der seit Jahren eine große Bedeutung sowohl für die Erschließung von Methoden und die Entwicklung von Geräten für die eigene Forschung als auch für die langfristige Kooperation mit der gerätebauenden Industrie und Einrichtungen der Akademie hat.

Aufbauend auf den methodischen Erfahrungen, insbesondere der Arbeitsgruppe „NMR-Labor“ und „Festkörper-EPR“ unserer Sektion, konnten in den letzten Jahren bei der Entwicklung von Kern- und Elektronenresonanzspektrometern neue Wege der Zusammenarbeit beschränkt werden.

Für den Ausbau der Praxiswirksamkeit ist es wesentlich, die wissenschaftliche Durchdringung der Probleme und die Überführung von Ergebnissen der Grundlagenforschung zu einem gemeinsamen Anliegen aller Partner zu machen und damit zu Formen der Kooperation zu kommen, die das gemeinsame Engagement und die Verantwortlichkeit der Partnerinstitutionen und der beteiligten Mitarbeiter erheblich stärker hervorheben.

Dabei liegt ein Schwerpunkt für eine Hochschuleinrichtung auf der Verantwortlichen Mitarbeit an Prognostischen Fragen. Auf der anderen Seite stellt der zeitweilige Einsatz erfahrener Hochschulkader beim Partner unter voller Einbindung in das dortige Arbeitskollektiv und mit Übernahme konkreter Verantwortung

ein effektives Verfahren zur Überführung praxiselevanter Ergebnisse der Grundlagenforschung dar.

Nach diesen Grundsätzen wurden in den letzten beiden Jahren im Rahmen einer langfristigen, auf Direktorebene abgeschlossenen Koordinierungsvereinbarung eine Reihe wichtiger Arbeiten geleistet, z. B. die Mitarbeit an neuen Gerätekonzeptionen der EPR (u. a. Durchführung eines wissenschaftlichen Seminars und Erarbeitung einer Studie), die verantwortliche Leitung eines Projektes beim ZWG durch Genossen Dr. Welter von unserer Sektion, die Entwicklung einer neuen Bauform für das EPR-Spektrometer des ZWG durch Genossen Dr. van Treesch und die Durchführung von Qualifizierungen für Mitarbeiter des ZWG. Die dazu konkret geplanten Leistungen wurden inzwischen erfolgreich verfeidigt. Die Zusammenarbeit hat nach Einschätzung des ZWG zu deutlichen Verbesserungen vor allem in der prognostischen Tätigkeit geführt. Gegenwärtig werden die Aufgaben zur Entwicklung neuer Gerätekonzeptionen für die EPR konkretisiert.

Die Arbeiten stehen unter Partei-kontrolle. In Auseinandersetzungen in der Parteigruppe wurde insbesondere gesichert, daß die zur Verfügung stehenden Mitarbeiter wirksam eingesetzt und die Aufgaben der zeitweilig von der Sektion freigestellten Genossen durch andere Kollegen übernommen wurden.

Prof. Dr. Windsch,
Dr. M. Welter

Unser Mitwirkungsrecht auf hohem Niveau verwirklichen

Eine der Formen, über die die Werktätigen der DDR als Machtausübende und Eigentümer der Produktionsmittel ihr Mitwirkungsrecht realisieren, sind die Wahlen. Die Verfassung der DDR legt dazu im Artikel 21 fest, daß „das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung dadurch gewährleistet wird, daß die Bürger alle Machtorgane demokratisch wählen an ihrer Tätigkeit ... mitwirken; Rechenschaft von den Volksvertretungen, ihren Abgeordneten ... fordern können“.

Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz und andere Werktätige entsenden durch die Wahlen ihre besten Vertreter als Abgeordnete in die Volksvertretungen. (§ 1 Abs. 2 Wahlgesetz) Die Kandidaten erhalten mit ihrer Wahl als Abgeordnete den Auftrag, ihre verantwortungsvollen Aufgaben im Interesse und zum Wohl des werktätigen Volkes zu erfüllen, im Auftrag der machtausübenden Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner in den staatlichen Machtorganen, den Volksvertretungen, tätig zu werden. Die hier zum Ausdruck kommende Einheit von Abgeordneten und Wählern ist eine wesentliche Grundlage für die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit in der gesamten Legislaturperiode.

Damit kommt der Auswahl und Prüfung der Kandidaten durch die Wähler in Vorbereitung auf die Wahl und der Beratung des Wahlprogramms der Nationalen Front der DDR mit den Kandidaten besondere Bedeutung zu. Der Artikel 22 der Verfassung bezeichnet es auch die Aufstellung und Prüfung der Kandidaten durch die Wähler und die Volksaussprache über die Grundfragen der Politik als unverzichtbare sozialistische Wahlprinzipien und gestaltet diese Rechte der Wähler als Grundrecht aus. Im Wahlgesetz wird dieses Grundrecht, dessen aktive Nutzung wir als moralische Pflicht

jedes Wählers auffassen, konkret ausgestaltet.

§ 17 des Wahlgesetzes legt fest, daß die Kandidaten noch vor ihrer Nominierung durch die Parteien und Massenorganisationen von den Kollektiven, in denen sie arbeiten, geprüft und vorgeschlagen werden sollen. Diese Rechte der Wähler stellen eine Weiterentwicklung des Wahlrechts dar, die im Ergebnis der gesellschaftlichen Praxis besonders bei den Kommunalwahlen im Jahre 1974 mit dem Wahlgesetz von 1976 gesetzlich fixiert wurde.

Durch die Teilnahme von Vertretern der Wähler an den öffentlichen Tagungen der Ausschüsse der Nationalen Front, auf denen entsprechend § 18 Wahlgesetzes die Kandidaten vorgestellt und über die Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag beraten und beschlossen wird, nehmen die Wähler darauf Einfluß, daß ihre besten Vertreter an erster Stelle auf dem Wahlvorschlag stehen.

Neben der Aufstellung und Prüfung der Kandidaten durch die Wähler kommt der Rechenschaftlegung und Aussprache über die Grundfragen der Politik besondere Bedeutung zu. Hierbei geht es vor allem darum, das Verständnis für die Grundfragen unserer gesellschaftlichen Entwicklung mit der Bereitschaft und Fähigkeit aller Wähler zu verbinden, an der Lösung der Aufgaben verantwortlich mitzuwirken.

Im Mittelpunkt dieser Beratungen sollten deshalb an der Universität in allen Kollektiven auch der Anteil der Studenten, Wissenschaftler und Angestellten an der Realisierung der Wettbewerbsverpflichtungen zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes stehen. Dabei nutzen wir die Rechenschaftslegungen der Kandidaten der Nationalen Front als Hilfe und Unterstützung bei der Verbindung der Diskussion der Grundfragen der Politik mit den konkreten Aufgaben in



Studium, Lehre, Erziehung und Forschung.

Dem hohen Entwicklungsstand der sozialistischen Demokratie entsprechend, werden die Angehörigen der KMU nicht nur die Rechenschaftslegungen der Kandidaten entgegennehmen, sondern selbst aktiv als Agitatoren unserer Politik und unserer Erfolge auftreten, die örtlichen Organe der Staatsmacht im Territorium wirksam bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen unterstützen, um so ihr Mitwirkungsrecht auf hohem Niveau zu verwirklichen.

Neben dem politischen Bekenntnis zu den Kandidaten der Nationalen Front steht die bewußte Tat jedes Arbeiters und Angestellten, Studenten und Wissenschaftlers der Universität für den Sozialismus im gesamten Wahljahr, bei der Realisierung der Wortmeldung der KMU zum 30. Jahrestag der Republik.

Dr. Regine Kaden,
Sektion Rechtswissenschaft

Neu bei Dietz

Die sowjetische Arbeiterklasse
Kurzer historischer Abriss (1917 bis 1977)

Von einem Autorenkollektiv, Aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt. Verlag Progress Moskau und Dietz Verlag Berlin 424 Seiten, Leinen, 8,20 Mark, Bestell-Nr. 736 907 6

Dieser für einen großen Leserkreis bestimmte Grundriß einer Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse wurde von namhaften Historikern der UdSSR erarbeitet. Vielfältiges und häufig noch unerschlossenes Material ausgewertet, behandeln sie den von der sowjetischen Arbeiterklasse seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zurückgelegten Weg.

Ein Ziel der Verfasser besteht darin, die Hauptetappen der Entwicklung der sowjetischen Arbeiterklasse aufzuzeigen. (S. 8) Diesem Anliegen entspricht die Gliederung des Buches in vier Abschnitte: der Kampf um die Diktatur des Proletariats, die Lösung der Aufgaben der Übergangsetappe, auf dem Wege zum entwickelten Sozialismus, die gegenwärtige Etappe des kommunistischen Aufbaus. Schwerpunkt ist die Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des Übergangs zum kommunistischen Aufbau. Tiefgründig werden insbesondere die schöpferische Rolle bei der Gestaltung der Volkswirtschaft und in der Leitung des Staates, die Formierung und das Wachstum ihrer Abteilungen sowie die Veränderungen ihres kulturell-technischen Niveaus dargestellt.

Höheres Lebensniveau durch steigende Wirtschaftskraft
Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Hans Luft. Dietz Verlag Berlin 1978, 138 Seiten mit 4 Abbildungen und 33 Tabellen. Broschur, 3 Mark, Bestell-Nr. 736 621 6

Diese kleine Broschüre reißt sich würdig ein in die Rechenschaftslegung zu den Ergebnissen der 30jährigen Entwicklung der DDR. Sehr anschaulich und überzeugend wird bewußt gemacht, daß die erreichten sozialen Errungenschaften auf der fleißigen und effektiven Arbeit aller Werktätigen basieren und daß auch in Zukunft ein höheres Lebensniveau nur durch ein Mehr an ökonomischen Leistungen erreicht werden kann. Der Fünfjahresplan 1976-1980 wird als das Kampfprogramm aller Werktätigen in der DDR charakterisiert, und es werden die neuen Reproduktionsbedingungen dieser Entwicklungsetappe dargestellt. Intensivierung und Rationalisierung, verbunden mit der Masseninitiative der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Wissenschaftler und aller anderen Werktätigen — das ist der Schlüssel für die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben.

Ausführlich werden die sozialen Errungenschaften der letzten 10 Jahre behandelt. Im Mittelpunkt stehen das Wohnungsbauprogramm, die Verteilung nach der Arbeitsleistung und eine leistungsorientierte Lohnpolitik sowie die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern als entscheidende Voraussetzungen für höhere Leistungsbereitschaft und Entfaltung der schöpferischen Initiative. Das alles wird durch umfangreiches Zahlenmaterial und viele Beispiele untermauert. So vermittelt diese Arbeit als Beitrag in der internationalen Reihe wertvolle Erfahrungen aus dem Prozeß der Gestaltung des entwickelten Sozialismus in der DDR, und sie ist ein gutes Handmaterial für Propagandisten, Teilnehmer am Parteilehrjahr und an den Schulen der sozialistischen Arbeit.

M. Dehls

Werner Lamberz
Ideologische Arbeit — Herzstück der Partei

Ausgewählte Reden und Aufsätze. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Dietz Verlag Berlin 1978. Etwa 544 Seiten mit 1 Frontispiz und 29 Abbildungen. Leinen. Etwa 8,50 Mark. Bestell-Nr. 737 004 2

Der Band erscheint aus Anlaß des 50. Geburtstages des durch ein tragisches Unglück aus dem Leben gerissenen Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED Werner Lamberz. Er enthält eine Auswahl von Reden, Vorträgen, Artikeln und Interviews aus den Jahren 1955-78. Die Beiträge sind Spiegelbild der hervorragenden Leistungen des Genossen Werner Lamberz für die Sache des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus, für seine Treue zur Partei der Arbeiterklasse, seine revolutionäre Gesinnung und kämpferische Haltung. Als glühender Propagandist und Agitator hat sich Werner Lamberz besonders bei der lebhaften Verbreitung des Marxismus-Leninismus verdient gemacht.